

INTERVIEW MALU DREYER

„Wir sind alle mürbe“

Die Ministerpräsidentin von Rheinland-Pfalz und Katholikin über Corona – und die Situation der Kirche.

Frau Dreyer, wie erleben Sie die Rufe nach Lockerungen der Corona-Maßnahmen? Kommen diese Forderungen zu früh?

Dreyer: Die Infektionszahlen steigen nach wie vor dynamisch. Wir werden den Peak der Omikron-Welle voraussichtlich erst Mitte Februar erreicht haben. Dann können wir besser einschätzen, ob die Krankenhäuser das auf ihren Normal- und Intensivstationen schaffen und wie sehr uns Personalausfall durch Infektion und Quarantäne in der kritischen Infrastruktur und in den Betrieben zusetzen werden. Natürlich müssen wir den Menschen aber auch die Sicherheit geben, dass es auch wieder Lockerungen gibt. Spätestens bei der nächsten Ministerpräsidentenkonferenz muss es also auch um kluge Ideen für Erleichterungen gehen.

Die Länder haben stets die Notwendigkeit einer Impfpflicht betont. In der Woche der nächsten Ministerpräsidentenkonferenz (MPK) soll die erste Lesung im Bundestag stattfinden – gleichzeitig sollen Lockerungen vorbereitet werden. Kommt die Impfpflicht Ihrer Meinung nach überhaupt noch?

Dreyer: Ich sehe da keinen Widerspruch. Es gibt schließlich unterschiedliche Wellen in der Pandemie. Wir haben leider immer noch eine zu niedrige Impfquote. Deswegen würden uns neue Virusmutationen wieder empfindlich treffen. Die Vorstellung, dass wir uns im Spätsommer und im Herbst deswegen erneut mit Schließungen und Kontakt- und Zugangsbeschränkungen schützen müssen, wäre unerträglich. Der Großteil der Bevölkerung hält sich an alles und hat immer weniger Verständnis für die Einschränkungen zum Schutz Ungeimpfter. Wir sind alle mürbe. Und da wir die Impfquote, die wir erreichen müssen, nicht er reichen, braucht es die Impfpflicht.

Ab 18 Jahren oder ab einem höheren Alter?

Dreyer: Die Debatte im Bundestag ist ja noch nicht abgeschlossen. Es gibt sicher viele Punkte, die für eine Impfpflicht ab einem höheren Alter sprechen. Aber ich werde diese Debatte weiter verfolgen und mir dann ein Urteil bilden. Wir tun bestimmt alle gut daran, nicht apodiktisch auf einem Standpunkt zu beharren. Am Ende sollte es eine Lösung geben, die für eine große Mehrheit tragbar ist.

Die Umsetzung der Impfpflicht wird aber bei Ihnen landen ...

Dreyer: Das ist jetzt schon bei der einrichtungsbezogenen Impfpflicht der Fall. Wir werden damit umgehen können, da bin ich mir sicher.

nen, da bin ich mir sicher.

Befürchten Sie, dass sich viele Pflegekräfte von Ihrem Beruf abwenden?

Dreyer: Wir haben ein Monitoring über die Impfquote in unseren Pflegeeinrichtungen. Die ist in den Einrichtungen in Rheinland-Pfalz sehr hoch, und wir gehen im Moment davon aus, dass wir das ganz gut bewältigen werden.

Die Impfpflicht befeuert die Anti-Corona-Demonstrationen ...

Dreyer: Wir müssen differenzieren. Nicht jeder, der auf die Demonstrationen geht, ist ein Querdenker. Eine Gefährdung der Gesamtgesellschaft, weil man sich nicht an Auflagen hält, geht aber gar nicht. Wichtig ist, dass wir Grenzen ziehen. Dort, wo gehetzt wird, wo Sicherheitskräfte angegriffen werden, muss der Rechtsstaat klare Kante zeigen. Ich habe trotzdem die Hoffnung, dass die Debatte im Bundestag zeigt, dass es ein Thema ist, bei dem sich Meinungen ändern können, wenn es neue Erkenntnisse gibt.

Inwiefern?

Dreyer: Wir wollten keine Impfpflicht und sind im dritten Corona-Jahr zu einer anderen Auffassung gekommen, weil die Impfquote zu niedrig bleibt und weil das Virus sich und damit die Situation ständig verändert. Ich war mir zum Beispiel sicher, dass es die Impfpflicht nicht braucht – heute denke ich anders darüber. Ich hoffe, dass wir viele Menschen überzeugen können, auch wenn wir eingefleischte Impfgegner vielleicht nicht mit Argumenten überzeugen können. Aber unser Anspruch muss sein, dass wenn sich eine demokratische Mehrheit herausbildet, diese dann auch akzeptiert wird. Das ist Demokratie. Wir müssen anderslautende Meinungen akzeptieren – die Abgeordneten ringen im Bundestag um eine möglichst gute Lösung.

Was ist Ihre Auffassung zum Thema Schule? Sollen diese trotz steigender Omikron-Fälle offen bleiben?

Dreyer: Das ist unser Anspruch! Wir haben ein gutes Sicherheitskonzept mit Testungen, Hygienemaßnahmen und einer verkürzten Absonderung. Das ist medizinisch vertretbar und hilft den Kindern und den Familien. Wir wollen verhindern, die Kinder wieder tagelang in Quarantäne zu schicken und ganze Schulen zu schließen. Die Kinder leiden so schon genug unter der Pandemie.

Widmet sich die Gesellschaft den Kindern genug?

Dreyer: Für die Kinder ist diese Pandemie eine schwierige Zeit. Wir haben



in Rheinland-Pfalz viele Programme, um Kinder zu unterstützen, auch die psychischen Folgen der Pandemie zu bewältigen. Länder und Bund haben „Aufholen nach Corona“ gemeinsam aufgelegt. Wir haben Ferienfreizeiten und auch Sommerschulprogramme und wir bauen die Jugendarbeit aus. Wir sind das den Kindern schuldig.

Wie steht es um die Flut-Trauma-Bewältigung in Ihrem Bundesland?

Dreyer: Das haben wir von Anfang an in den Fokus genommen. Wir haben ein Beratungsnetzwerk zusammen mit der Psychotherapeutenkammer gespannt, die Schulpsychologen arbeiten mit den Kindern. Wir haben im Dezember im Ahrtal ein Traumazentrum eröffnet und werden dort auch künftig mehr Psychotherapeutenstellen haben.

Wie geht es den Menschen?

Dreyer: Das ist unterschiedlich. Manche, die materiell viel verloren haben, blicken mittlerweile nach vorne, sie bekommen Unterstützung, wollen neu starten. Aber die Menschen etwa, die in der Nacht schwere persönliche Schicksalsschläge erlitten haben, brauchen häufig noch Zeit. Es ist in den Flutgebieten schon sehr viel passiert, aber es gibt auch noch viel zu

tun. Einigen geht es nicht schnell genug – auch dafür habe ich Verständnis. Es sieht noch nicht so aus wie früher. Dem stellen wir uns.

Ein Blick auf die SPD: Mit Blick auf die Ukraine-Krise steht Ihre Partei in der Kritik: Nervt Sie das?

Dreyer: Ich erlebe meine SPD als geschlossene Partei. Wir sind die Friedenspartei in Deutschland, die auch bei Gegenwind Kurs hält. Ich bin Bundeskanzler Olaf Scholz dankbar, weil er alles dafür tut, diese Eskalation auf diplomatischem Weg zu lösen. Das Allerwichtigste ist doch, dass wir Frieden haben in Europa und nicht Krieg. Wir diskutieren intern, aber es gibt eine ganz klare Vorstellung, die von allen führenden Sozialdemokratischen und Sozialdemokraten, die in der Partei etwas zu sagen haben und aktiv sind, geteilt wird. Wir nehmen die Kriegsgefahr, die in Europa droht, sehr ernst. Es ist ganz klar, dass die Aggression von Russland ausgeht. Drittens ist klar, dass wir fest von Sanktionen gegen Russland überzeugt sind, wenn sich die Lage weiter zuspitzt. Auch sind wir davon überzeugt, dass wir den Weg für robuste Gesprächsformate schaffen müssen, die mit der Nato abgestimmt sind. Wir brauchen zu Russland perspektivisch einen Ka-

nal, in dem auch wieder über Abrüstung gesprochen werden kann.

Hat man sich von Altkanzler Schröder genug distanziert? Im Fall von Hartz IV ist das der SPD beim selben Kanzler recht gut gelungen.

Dreyer: Gerhard Schröder ist ein Ex-Kanzler und bekleidet kein Amt in der Partei. Ich kenne auch niemanden in der Partei, der seine Auffassungen teilt.

Mit Blick auf Nordstream gibt es aber durchaus sehr überzeugte Anhänger Ihrer Partei, etwa die Ministerpräsidentin von Mecklenburg-Vorpommern.

Dreyer: Manuela Schwesig steht komplett hinter dem Kurs von Olaf Scholz und Lars Klingbeil. Da passt kein Blatt dazwischen.

Die Dimension und die Vertuschung des Missbrauchs in der katholischen Kirche haben Deutschland erschüttert. Sie sind Mitglied des Zentralrates der Katholiken, was ist Ihre Antwort darauf?

Dreyer: Man muss sich die Dimension klarmachen: Kinder und Jugendliche wurden an Leib und Seele verletzt und leiden zum Teil bis heute darunter. Das hat die Kirche syste-

INFO

Von der Bürgermeisterin zur Ministerpräsidentin

Ausbildung Malu Dreyer (60) studierte zunächst Anglistik und katholische Theologie, später Rechtswissenschaft und absolvierte beide Staatsprüfungen.

Politik Dreyer ist seit 1995 SPD-Mitglied. Sie war Bürgermeisterin von Bad Kreuznach, Arbeitsministerin und ist seit 2013 Ministerpräsidentin in Rheinland-Pfalz. 2019 war sie sechs Monate kommissarische SPD-Vorsitzende.

matisch vertuscht. Das erschüttert die Grundfesten der Kirche und auch mich ganz persönlich. Es ist unerträglich. Noch immer haben nicht alle Bischöfe überhaupt eine Aufarbeitungskommission eingerichtet. Ich sehe die Kirche in der Pflicht. Erstens: Die Betroffenen müssen bei der Aufarbeitung zu Beteiligten werden. Sie müssen anerkannt und entschädigt werden. Zweitens: Die Ursachen, die den Missbrauch und dessen Vertuschung ermöglicht haben, müssen beseitigt werden. Und Drittens: Wir müssen den Prozess auch politisch begleiten. Zum Beispiel, indem wir die staatliche Unabhängige Kommission zur Aufarbeitung sexueller Kindesmissbrauchs in ihren Befugnissen stärken.

Kardinal Marx befürwortet jetzt ein Ende des Zölibats, ist das eine Reaktion darauf?

Dreyer: Die katholische Kirche muss einen umfassenden Kulturwandel vollziehen. Die Aufhebung des Zölibats ist schon lange eine Forderung aus der Mitte der Kirche heraus. Aber die Frage, wie die Kirche künftig aussieht, geht weit darüber hinaus. Genau darum geht es beim Synodalen Weg.

Nach dem Polizistenmord in Rheinland-Pfalz gibt es in den sozialen Netzwerken sehr viel Hass und Hetze in Richtung Polizei, wie gehen Sie damit um?

Dreyer: Alle sollen wissen: Wer die Polizei angreift, greift uns alle an. Die junge 24-jährige Polizeikommissarinwärtin und der 29-jährige Polizeioberkommissar sind #zweivonuns. Unter diesem Hashtag versammelt sich die Polizei in ganz Deutschland. Ich kann nur erahnen, wie aufgewühlt die Polizeifamilie ist. #zweivonuns ist viel stärker als der abscheuliche Hass und die Hetze nach dem Polizistenmord im Netz. Ich bin unserer Bundesinnenministerin Nancy Faeser außerdem sehr dankbar für ihre klare Positionierung. In Rheinland-Pfalz haben wir eine Ermittlungsgruppe „Hate Speech“ beim Landeskriminalamt eingerichtet. Hass und Hetze wird konsequent verfolgt und bestraft.

KERSTIN MÜNSTERMANN
FÜHRTE DAS INTERVIEW.

Corona-Infektionen: Starke Zunahme unter Geflüchteten

MAINZ (Irs) In den Einrichtungen zur Erstaufnahme von Geflüchteten ist es zu einer starken Zunahme von Corona-Infektionen gekommen. Der Anteil der infizierten Menschen stieg im Januar von 0,3 auf 5,5 Prozent. Ende Januar waren unter den 2864 Bewohnern der fünf Einrichtungen 157 Asylbewerber mit einer Corona-Infektion, wie aus Daten des Integrationsministeriums in Mainz hervorgeht.

„Die hohen Infektionszahlen in der Gesellschaft durch die Omikron-Variante zeigen sich jetzt auch in unseren Aufnahmeeinrichtungen für Asylbegehrende (AfA)“, sagte Integrationsministerin

Katharina Binz (Grüne). Der reguläre Betrieb sei aber gewährleistet.

Am stärksten betroffen waren demnach die Aufnahmeeinrichtungen in Speyer (9,4 Prozent) und Trier (8,9 Prozent). Keine einzige Infektion meldete hingegen die Aufnahmeeinrichtung für Asylbegehrende (AfA) in Kusel.

Vergleichsweise niedrig sind die Infektionszahlen in Hermeskeil (2,6 Prozent) und Bitburg (3,9 Prozent). In den fünf Einrichtungen gibt es insgesamt 3880 Plätze. Erstmals seit dem Höchststand von 2015 sind im vergangenen Jahr wieder mehr Schutzsuchende aufgenommen worden.

Bewohnerinnen und Bewohner, die zu einer Hochrisikogruppe gehören, werden möglichst separat untergebracht und vorzeitig in die Kommunen verteilt. „Insbesondere die entzerrte Belegung ist wichtig, um das Infektionsrisiko zu minimieren“, sagte Binz. Deswegen werden seit einigen Monaten Asylbewohner verstärkt in die Kommunen verteilt.

Von November bis Januar habe es insgesamt 1684 Impfungen in den AfAs gegeben. Vor einer Verteilung auf die Kommunen ist ein Corona-Test Pflicht. Ansonsten gibt es auch die Möglichkeit zu anlasslosen Tests.

Omikron-Welle: Kliniken sehen sich gerüstet – Problem Personalausfall

MAINZ (Irs) Die Corona-Infektionszahlen steigen weiter rasant, Fachleute erwarten den Höhepunkt der aktuellen Omikron-Welle erst in den kommenden Tagen. Die Krankenhäuser in Rheinland-Pfalz haben sich mit verschiedenen Maßnahmen auf diese Situation vorbereitet, wie der Geschäftsführer der Krankenhausgesellschaft Rheinland-Pfalz, Andreas Wermt, der Deutschen Presse-Agentur sagte. „Für viele Kliniken werden aber nicht die Zunahmen der Corona-Fälle selbst, sondern die Personalausfälle das Hauptproblem sein.“

„Es kann sein, dass die Mitarbeitenden selbst erkranken. Es droht aber auch der Ausfall von Personal durch

Quarantänevorgaben oder fehlende Kinderbetreuung“, erklärte er. Da viele Mitarbeitende geimpft und geboostert seien, könnten sich Betroffene in Quarantäne früher freisetzen. Wenn allerdings Kinder von Mitarbeitenden von der Kita nach Hause geschickt werden, müssten diese dann beaufsichtigt werden. „Für die Kliniken ist es daher wichtig, dass wir weiterhin verlässliche Strukturen – Kitas und Schulen – haben“, betonte er. Der Personalausfall werde von den Kliniken täglich erfasst.

Während dieser Bereich für die Kliniken nicht kalkulierbar ist, bereiten sie sich seit Beginn der Pandemie mit einem sogenannten Eskalationskon-

zept auf einen starken Anstieg der Zahl von Covid-19-Patienten vor. Durch die aktuelle Dominanz der Omikron-Variante und als Effekt der hohen Impfquote der Bevölkerung ist der Anteil der Intensivpatienten im Vergleich zu den vorangegangenen Wellen „signifikant geringer“, betonte Wermt. Deshalb hätten die Krankenhäuser das Eskalationskonzept auf die Normalstationen erweitert.

So werden nach seinen Worten je nach Zahl der Covid-Patienten verschiebbare Eingriffe zurückgefahren, soweit das medizinisch vertretbar sei.

Produktion dieser Seite:
Heribert Waschbüsch